

SO

sehen wir es

Pa 15769

26

SCHWEIZERISCHE LANDESBIBLIOTHEK
BIBLIOTHÈQUE NATIONALE SUISSE
BIBLIOTECA NAZIONALE SVIZZERA

Herausgeber: SP Wädenswil, Postfach 552, 8820 Wädenswil
Druck: Printoset, Zürich
Erscheint sechsmal jährlich
Preis: Einzelnummer Fr. 2.-, Jahresabonnement Fr. 8.-
Nummer 1/86, Februar 1986



Gesunde Umwelt und genügend Arbeitsplätze – kein Widerspruch

Mit dem Thema «Arbeitsplätze – Umweltschutz» befassen sich zwei Artikel in dieser Nummer von «SO sehen wir es». SP-Gemeinderätin Liliane Goldberger beschreibt Massnahmen, mit denen beide Ziele verbunden werden können, und der «Heimweh-Wädenswiler» Willy Kellenberger erklärt auf der folgenden Seite, warum solche Massnahmen so dringlich sind.

Kurz nach der aufsehenerregenden Schliessung des Wädenswiler Strandbads wegen der Wasserverschmutzung durch Schlamm aus der Abwasserreinigungsanlage (ARA) Rietliau stellten die SP-Gemeinderäte Sepp Dorfschmid und Paul Stehrenberger in einer Interpellation kritische Fragen nach

auch immer noch von durch deren Behauptungen verunsicherten Arbeitnehmern.

Verbindung ist möglich

Doch hier wird ein Gegensatz konstruiert, der keiner ist. Das behaupten nicht nur ein paar weltfremde Grüne und Linke. Namhafte Wirtschaftsfachleute und auch die Gewerkschaften, für die Arbeitsplatzsicherheit naturgemäss oberste Priorität hat, haben in den letzten Jahren festgestellt, dass nur umweltfreundliche Arbeitsplätze auch langfristig sichere Arbeitsplätze sind, und dass es durchaus Möglichkeiten gibt, Arbeitsplätze zu erhalten und neu zu schaffen, welche auch den Anforderungen des Umweltschutzes genügen (vgl. Artikel

bination von durchaus marktwirtschaftlichen Massnahmen.

Umweltschädigen muss teurer werden

Entscheidend ist es, die Inanspruchnahme der Umwelt zu einem wirtschaftlichen Kostenfaktor zu machen: Umweltschonendes Produzieren muss billiger werden als umweltverschmutzendes (bisher ist meist das Gegenteil der Fall). Hierfür ist vor allem das Instrument der Umweltabgaben pro «Schmutzeinheit» geeignet, welches – besser als nur die Festlegung von Mindestnormen und Höchstbelastungen – Anreize zur grösstmöglichen Verringerung von Umweltbelastungen gibt.

Ähnliche Anreize kann die Steuerpolitik geben. Da allgemein zuviel gespart und zuwenig investiert wird, haben generell Steuersenkungen keine positive Wirkung auf Arbeitsplätze und Umwelt. Stattdessen sollten Investitionen – vor allem in arbeitsintensive, rohstoff- und energiesparende umweltschonende Produktionen – steuerlich begünstigt, Zinsen aus reinen Finanzanlagen dagegen stärker besteuert werden.

Noch massiver kann die öffentliche Hand durch zinsvergünstigte Darlehen und ähnliche Massnahmen fördernd wirken, wie sie in der SP-Initiative «Arbeit für alle» vorgesehen sind (vgl. Kasten), die dann vor allem



Das muss nicht sein – das wollen wir ändern

den Ursachen der ARA-Überlastung und den geplanten Gegenmassnahmen. In einem anonymen Anschlag in einem jener drei Wädenswiler Betriebe, die zusammen über 60% der in die ARA Rietliau fließenden Schmutzstofffracht liefern, wurden sie daraufhin als «Arbeitsplatzkiller» bezeichnet.

Der Vorfall zeigt beispielhaft, wie oft Umweltschutzforderungen als Gefährdung von Arbeitsplätzen empfunden werden – nicht nur von Wirtschaftsvertretern und bürgerlichen Politikern, sondern leider

«Arbeit für alle» auf der nächsten Seite).

Um sowohl der in den nächsten Jahren drohenden Massenarbeitslosigkeit (durch Rationalisierungen und Konjunkturrückgang) als auch der weiter zunehmenden Umweltzerstörung zu begegnen, sind Sozialdemokraten und Gewerkschafter in verschiedenen Ländern an der Entwicklung von Konzepten für einen ökologischen Umbau der Wirtschaft. Gedacht wird dabei nicht an unrealistische Umwälzungen der Wirtschaftsordnung, sondern an eine Kom-

Arbeit für alle

Volksinitiative für ein Gesetz für Vollbeschäftigung im Kanton Zürich

Die Initiative der SP und des Gewerkschaftsbunds des Kantons Zürich sieht folgende Massnahmen vor:

- Starthilfe an neue und Umstrukturierungshilfe an bestehende Unternehmungen – z.B. in Form von Bankbürgschaften, Darlehen zur Restfinanzierung oder Zinsverbilligung –, geknüpft an Bedingungen (volkswirtschaftlich sinnvolle Arbeitsplätze, umweltfreundliche und energiesparende Produktionsweisen);
- Beschäftigungsprogramme gegen kurzfristige wirtschaftliche Einbrüche;
- Förderung von Investitionen in Energiesparmassnahmen und Rohstoffrecycling;
- Zielgerichtete Wirtschaftspolitik über ein Wirtschaftsprogramm und eine beratende Wirtschaftskommission;
- Finanzierung durch jährlich 40 Mio Fr. aus allgemeinen Staatsmitteln und eine Abgabe von 0.5% auf dem Teil privater Vermögen, der 1 Mio übersteigt.

auch gefährdeten Betrieben zu einer sinnvollen Umstrukturierung verhelfen können.

Massive Arbeitszeitverkürzung nötig

Wesentlicher Bestandteil eines sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Wirtschaftskonzepts ist und bleibt die Arbeitszeitverkürzung in Form von kürzerer Wochenarbeitszeit, mehr Ferien oder früherer Pensionierung (möglichst flexibel gemäss individuellem Wunsch). Nur schon zur Erhaltung der gegenwärtigen Arbeitsplatzzahl muss die Produktivitätszunahme infolge Rationalisierungen laufend durch kürzere Arbeitszeiten ausgeglichen werden. Zur Schaffung neuer Arbeitsplätze braucht es zusätzlich grössere Verkürzungsschritte, deren Kosten – gemäss einem Vorschlag der SPD – beispielsweise hälftig von Arbeitnehmern und Arbeitgebern getragen werden könnten (also Ausfall eines Stundenlohns pro 2 Stunden Arbeitszeitverkürzung).

Einen wesentlichen Beitrag zum ökologischen Umbau der Wirtschaft können Staat und Gemeinden leisten, indem sie einen zunehmenden Teil ihrer Finanzen für eine ökologische Verkehrspolitik (Förderung des öffentlichen Verkehrs, Verkehrsberuhigung usw.), Energiesparmassnahmen (diese schaffen erwiesenermassen mehr Arbeitsplätze als Neuerungen mit grösserem Energieverbrauch), sanfte Renovationen, ökologische Abfallbewirtschaftung, und den Ausbau des Gesundheits- und Sozialwesens einsetzt. Auch mit ihren Planungen, der Bewilligungspraxis und den Arbeitsvergebungen kann die öffentliche Hand die Ziele der Arbeitsplatzschaffung und des Umweltschutzes wirksam fördern. In all diesen Bereichen hat die SP in Wädenswil beträchtliche (und langfristig meist erfolgreiche) Aktivitäten vorzuweisen, und sie wird sich auch in den kommenden Jahren entsprechend einsetzen.

Von den andern Massnahmen sind die meisten nicht auf Gemeindeebene realisierbar. Aber wir haben ja als Stimmbürger zum Glück auch auf kantonaler und eidgenössischer Ebene mitzureden und können beispielsweise am 16. März 1986 ein Ja zur kantonalen Initiative «Arbeit für alle» in die Urne legen – nebst der sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Stadt- und Gemeinderatswahlhilfe!

Arbeit für alle mit vernünftigem Mittelweg

Am 16. März 1986 – dem Datum der Wädenswiler Gemeindewahlen – wird im Kanton Zürich über die SP-Initiative «Arbeit für alle» abgestimmt. Unser ehemaliger SP-Gemeinderat und -Kantonsrat Willy Kellenberger, der leider vor einigen Monaten aus Wädenswil weggezogen ist, war 1983 einer der «Väter» dieser Initiative. Die SO-Redaktion hat ihn darum um einen Beitrag aus der Ferne zu dieser Abstimmung gebeten.

In der Tagesschau des Schweizer Fernsehens wurden Ende 1985 verschiedene Wirtschaftssachverständige zur aktuellen Wirtschaftslage und den Aussichten für 1986 befragt.

Bis auf Beat Kappeler, Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds, vertraten alle Experten die Meinung:

– 1985 war ein goldiges Jahr, das uns eine Hochkonjunktur mit einem seit den sechziger Jahren nicht mehr geübten Wirtschaftswachstum gebracht hat. Lohnniveau und Erträge der Unternehmen haben gesamtwirtschaftlich zugenommen. Auch die Arbeitslosigkeit hat, wenn auch nur sehr bescheiden, etwas abgenommen.

– für 1986 wird davon ausgegangen, dass die «goldigen» Zustände in der ersten Hälfte anhalten und in der zweiten Hälfte sich etwas abschwächen werden, gesamthaft aber ein mehr als erfreuliches Jahr vor uns steht.

Einzig der Gewerkschafter Beat Kappeler hat diese Aussagen in Frage gestellt. Er weist darauf hin, dass die obigen Bewertungen einäugig sind:

Sie berücksichtigen nicht, dass 1985 gerade wegen des grossen Wachstums die Umweltschäden enorm zugenommen haben und wir damit die unbezifferte Schuldenlast gegenüber der Natur in diesem Jahr erhöht haben. Auch sind die Rationalisierungen weiter fortgeschritten, und damit hält der Trend zur Verminderung der Zahl der Arbeitsplätze an.

Berücksichtigt man die Umweltzerstörungen und die Vernichtung von Arbeitsplätzen, so sind wir gesamthaft im goldigen Jahr 1985 nicht reicher, sondern ärmer geworden. Wir haben zwar mehr consu-

miert, ein schöner Teil dieses Mehrkonsums ist auf Kosten der Substanz, nämlich von Natur und Arbeitsplätzen gegangen.

Wie unvernünftig – beinahe schon selbstmörderisch – ein rein quantitatives Wachstum ist, zeigt die folgende kleine Überlegung: Sollte es der Schweiz gelingen, was im übrigen viele Wirtschaftsverantwortliche anstreben, das Wachstum der Jahre 1985 und 1986 auf die nächsten Jahre auszudehnen, so müsste jede(r) Schweizer(in) im Schnitt in den nächsten 15 Jahren seinen persönlichen Konsum verdoppeln. Dies würde aber gleichzeitig bedeuten, dass rund

– doppelt so viel Energie wie heute verbraucht wird,
– doppelt so viel Rohstoffe verschleudert werden,
– doppelt so viel Abfall, Schadstoffe und Verschmutzung anfallen,
also unsere Natur und Umwelt in rasanten Schritten weiter zerstört wird.

Wählen wir die umgekehrte Politik und verzichten bewusst auf jegliches Wachstum, so wird die unvermindert anhaltende Rationalisierung eine jährliche deutliche Zunahme der Arbeitslosigkeit bringen, und breite Bevölkerungsschichten werden verarmen.

Weil beide Wege – der Weg des wilden Wachstums der Rechten und der Verzicht auf jegliches Wachstum unabhängig von den Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, der von den Grünen vertreten wird – wie alle Extremlösungen unsinnig sind, schlagen Sozialdemokraten und Gewerkschafter einen gangbaren Mittelweg vor:

In der Initiative «Arbeit für alle» werden wirtschaftliche Fördermassnahmen vorgeschlagen, welche die Vollbeschäftigung und gleichzeitig ein die Umwelt schonendes und Umweltschäden behebendes qualitatives Wachstum anstreben.

Der Weg, der mit der Initiative «Arbeit für alle» aufgezeigt wird, ist der optimale Kompromiss. Entscheiden wir uns für ihn, so wird es uns gelingen, die Umweltprobleme in den Griff zu bekommen und gleichzeitig Arbeit für alle zu schaffen. Er ist nicht einfach, aber er lohnt sich – ich hoffe, dass der Kanton Zürich die Chance ergreift!
Willy Kellenberger, Muttenz

Mit acht Franken dabei

Liebe SO-Leserin, lieber SO-Leser,

Sicher ist Ihnen beim Blättern in dieser Nummer der grüne Einzahlungsschein aufgefallen. Richtig geraten! Wenn Sie damit 8 Franken überweisen, erhalten Sie wiederum ein Jahr lang jede Nummer unseres «So sehen wir es» zugestellt.

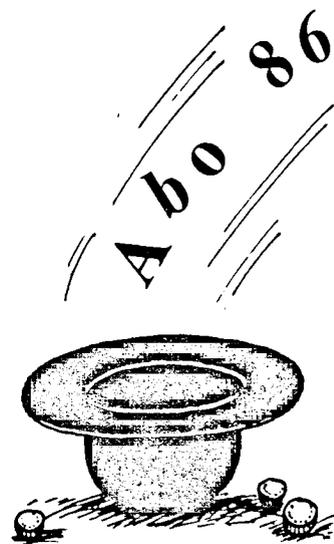
Damit wird das SO gegenüber dem während Jahren üblichen «Fünfliber» teurer – auch für uns sind leider die Kosten laufend gestiegen. Wir hoffen, dass Ihnen unser Blatt auch den höheren Preis wert

ist, und ganz besonders freuen wir uns natürlich über aufgerundete Beträge...

In der Hoffnung, dass Sie uns auch 1986 als Abonnent/in begleiten, wünschen Ihnen beim Lesen viel Spass!

Ihre SO-Redaktion

PS. Wenn Sie noch einen «Grünen» brauchen, um die Chancen der SP im bevorstehenden Wahlkampf mit einer Spende zu verbessern: Dem nächsten SO liegt er bei...

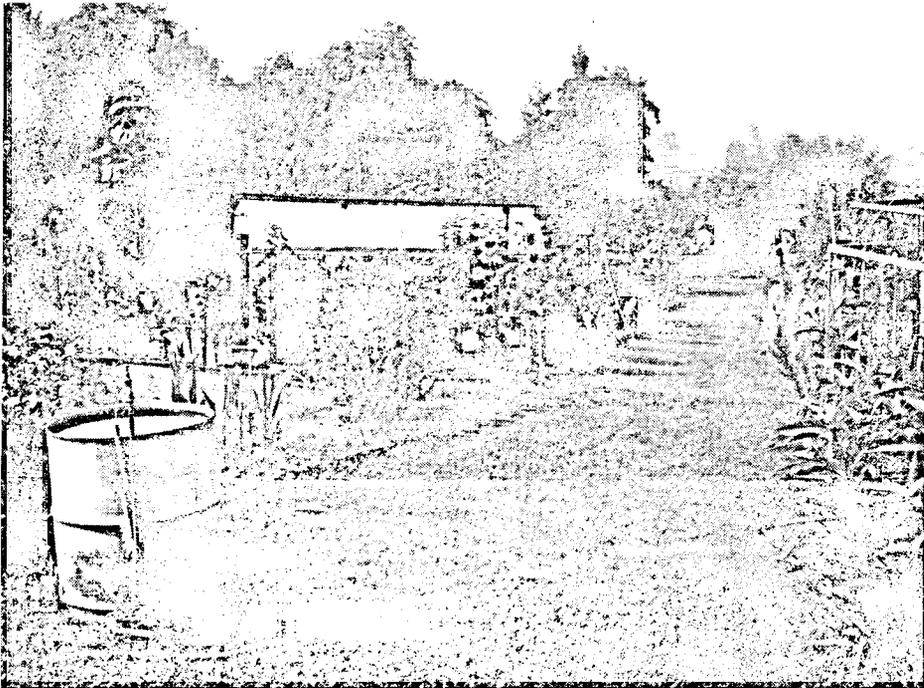


Alles macht mit beim SP-Wahlspiel

Zur Auflockerung des trockenen Wahlkampfes hat die SP ein spannendes Spiel vorbereitet. Zu gewinnen sind dabei originelle Preise wie zum Beispiel eine Fahrt nach Bern mit Besuch einer Sitzung des Nationalrates und anschliessendem Mittagessen mit einem Zürcher SP-Nationalrat, Pedalofahren für die ganze Familie mit anschliessendem Zvieri in Begleitung von Stadtpräsidentenskandidat Hans Schulthess usw.

Teilnehmerkarten finden Sie im offiziellen Wahlcouvert aller Wädenswiler Parteien, welches zwischen dem 2. und 4. März verschickt wird. Beachten Sie aber schon vom 1. März an die Fotos im Format 27 x 32 mm der SP-Stadt- und Gemeinderatskandidaten im «Allgemeinen Anzeiger vom Zürichsee», welche der Schlüssel zu ihrem Gewinn sind.

Mehr erfahren Sie am 3. und 4. März im «Anzeiger» oder im nächsten «SO sehen wir es», dem Publikationsorgan der SP Wädenswil, das Anfang März erscheint.



Einsatz für die Erhaltung von Familiengärten – die SP macht's.

Vor kurzem hat der Gemeinderat die Volksinitiative zur Förderung der Familiengärten behandelt, und unmittelbar darauf hat das Initiativkomitee den Rückzug des Volksbegehrens bekanntgegeben. SP-Gemeinderat Sepp Dorfschmid berichtet, wie es dazu kam und was mit der Initiative erreicht worden ist.

Paul Stehrenberger, selbst langjähriger aktiver Gärtner, informiert die SP Wädenswil Mitte 1984 über die Unsicherheit in einigen Familiengartenarealen. Da der SP Familiengärten ein wichtiges Anliegen sind, wird im Herbst 1984 eine Initiative gestartet, die vom Verein für Familiengärten und der SP getragen wird. Das Ziel der Initiative ist, Familiengärten im Bereich der Siedlungsgebiete zu erhalten. Der Bezug zur Natur soll den Gärtnern auch weiterhin ohne Autofahrt in die weitere Umgebung möglich bleiben. Mit den Initianten betonen 1 376 Wädenswilerinnen und Wädens-

wiler die Wichtigkeit der Sache mit ihrer Unterschrift.

Diese kräftige Unterstützung führt dazu, dass der Stadtrat im September 1985 verspricht, verschiedene Areale langfristig zu erhalten (Eichhof, oberhalb Jugendheim) oder entsprechenden Ersatz zu schaffen (Boller). Mit diesen Versprechen ist das wesentliche Ziel der Initiative erreicht. Nachdem die Versprechen am 20. Januar 1986 durch den Gemeinderat bestätigt werden, steht dem Rückzug der Initiative nichts mehr im Weg.

Der Einsatz hat sich also gelohnt. Ein Stück Gemeindekultur konnte gesichert werden. Wir danken nochmals allen Beteiligten und hoffen, dass das Beispiel Schule machen wird. Die SP ist jedenfalls gerne bereit, über Anliegen, die an sie herangetragen werden, offen zu beraten. Wenn ein Anliegen mit unseren Grundsätzen übereinstimmt, werden wir es auch tatkräftig unterstützen: die SP macht's.

Unser Stadtpräsident: Hans Schulthess

Es ist kein Geheimnis, dass zahlreiche Stimmberechtigte in Wädenswil mit den beiden Nominierungen von CVP und SVP für das Stadtpräsidium unzufrieden waren. Ihnen bietet die SP nun die gewünschte Alternative.



Hans Schulthess, der die SP zusammen mit Bruno Lang seit acht Jahren mit Engagement im Stadtrat vertritt, ist ein Kandidat aller Wädenswiler. Vor allem die Arbeitnehmer/innen und die Mieter/innen, welche die grosse Mehrheit der Bevölkerung ausmachen, aber im Stadtrat regelmässig untervertreten sind – nicht mancher Arbeitnehmer erhält die Zeit für dieses arbeitsaufwendige Amt zugestanden! –, hätten in Hans Schulthess einen Stadtpräsidenten, der ihre Anliegen versteht und vertritt. Er hat ferner bewiesen, dass er vor allem auch benachteiligten Bevölkerungsgruppen ein guter Anwalt ist. Aber nicht nur für sie, für jedermann hat Hans Schulthess ein offenes Ohr, und er weiss auch um die Bedeutung einer gesunden, vielfältigen und aufgeschlossenen Wirtschaft.

Die SP ist glücklich, den Wädenswiler Stimmbürgern mit Hans Schulthess für das Stadtpräsidium und Bruno Lang für den zweiten Stadtratssitz der SP einen so qualifizierten Wahlvorschlag machen zu können und freut sich mit Ihnen auf ein gutes Ergebnis für beide!

Späte Früchte...

In der Schule sind Ohrfeigen und andere körperliche Züchtigungen grundsätzlich untersagt, unter Umständen aber entschuldbar. Diese Bestimmung hat der Erziehungsrat bei einer teilweisen Neufassung der Verordnung über das Volksschulwesen beschlossen.

Nach der geltenden Regelung darf körperliche Züchtigung in der Schule «nur in Ausnahmefällen zur Anwendung kommen». 1980 war im Kantonsrat ein SP-Postulat überwiesen worden, das eine Überarbeitung der Verordnung über das Volksschulwesen verlangte. Im Mai 1984 hat der Erziehungsrat eine Neufassung des «Ohrfeigen-Artikels» in die Vernehmlassung gegeben, die jetzt im wesentlichen unverändert zum Beschluss erhoben wurde.

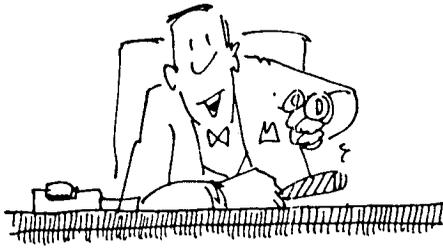
(Tages-Anzeiger vom 17. Januar 1986)

Schade, dass unser ehemaliger Wädenswiler SP-Kantonsrat Curt Signer den Erfolg seines Vorstosses nicht mehr erlebt hat. Noch vor wenigen Jahren hatte eine Kantonsrats-Mehrheit ausdrücklich auf der Zulässigkeit von Körperstrafen beharrt...

Endlich ist der Aufschwung
da!
Und: Wir sind wieder wer!



Und nun frage ich Sie:
Wem haben wir das alles
zu verdanken?...



Einzig und allein uns
Unternehmern und unserem
freien marktwirtschaftlichen
System!



Und deshalb erwarten wir von
jedem freiheitlich-demokratisch
denkenden Bürger und Politiker,
daß er für die Erhaltung dieser
freien Marktwirtschaft eintritt
und kämpft!



Erich Rauschenbach

Und wir verbitten uns
jede Form staatlichen
Eingriffs!!



Von Subventionen und so
mal abgesehen.

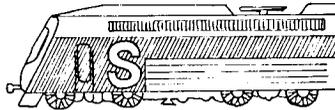


Öffentliche Veranstaltung:

Was bringt die S-Bahn Wädenswil?

Peter Zuber

Projektleiter der SBB für die S-Bahn
orientiert in Wort und Bild über



- das Gesamtprojekt Zürcher S-Bahn
- den Stand der Bauten
- die Auswirkungen auf den Fahrplan für das linke Seeufer und für Wädenswil im besonderen
- das neue Wagenmaterial

Dienstag, 4. März 1986, 20 Uhr
im Restaurant Volkshaus, Wädenswil



SP Wädenswil

Aktiv für den öffentlichen Verkehr – mit der SP.

Euer SO hat mich neugierig gemacht.

Bitte sendet mir:

- Allgemeine Unterlagen über die SP
- Ein Schnupperabonnement der Zürcher SP-Tageszeitung «Volksrecht» (3 Monate für 25 Franken)
- Ich möchte ein Gespräch mit einem SP-Mitglied
- Ich will der SP beitreten. Veranlasst das Nötige.

Name:

Adresse:

Einsenden an: SP Wädenswil, Postfach 552, 8820 Wädenswil

SPLITTER

Jedermann sei ersetzbar, heisst es jeweils bei Rücktritten in Politik und Wirtschaft. Eine Ausnahme von dieser Regel hat die CVP Wädenswil entdeckt. In der CVP-Post vom November 85 wird der zurücktretende Stadtrat Norbert Kuster «als praktisch nicht gleichwertig ersetzbarer Finanzvorstand» bezeichnet. Darüber freut sich sicher der neue CVP-Stadtratskandidat, der sich als Bänkler und bisheriges Mitglied der Rechnungsprüfungskommission zweifellos als Kuster-Nachfolger sieht...

★

Bisher war FdP die Abkürzung für Freisinnig-demokratische Partei. Nach dem Studium der FdP-Gemeinderatsliste 1986 und vor allem der Berufe der Kandidaten meinte eine böse Zunge, FdP heisse neuerdings Freisinnig-demokratische Prokuristen...

Unser Tip für den 16. März 1986:

Wieder in den Stadtrat:

Bruno Lang und Hans Schulthess

Unser Stadtpräsident:

Hans Schulthess

In den Gemeinderat:

**Sozialdemokraten und Gewerkschafter
mit Liste 5**

AZ 8820 Wädenswil

Schweiz. Landesbibliothek
Hallwylstrasse 15

3003 Bern